

SPD  
Fraktion im Rat der Stadt Braunschweig

Platz der Deutschen Einheit 1  
38100 Braunschweig

05.02.2009

**Stellungnahme des *BUND* zum Artikel „Stadt weicht Verbot von Streusalz auf“  
erschienen in der Braunschweiger Zeitung vom 15.01.2009.**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur Kenntnisnahme unser Schreiben an die CDU- und FDP-Ratsfraktion zur Lockerung des Streusalzverbotes für Privatpersonen.

**„die *BUND* – Kreisgruppe Braunschweig lehnt entschieden die Lockerung des Streusalzverbotes für Private in der Stadt Braunschweig ab.**

Was ist eigentlich passiert?

Es ist nicht unüblich, dass es im Winter kalt ist und gelegentlich auch mal schneit. So geschah es kurz nach der Jahreswende. Erst schneite es, dann kam der Frost. Das hat es in anderen Wintern auch gegeben und niemand tat so, als handele es sich um eine Katastrophe.

Dies scheinen aber Verwaltung und CDU- und FDP-Fraktionen ganz anders zu sehen. Sie nehmen diese Kälteperiode gleich zum Anlass das Verbot des Streusalzeinsatzes für Private im Stadtgebiet aufzuweichen. Frau Lehmann (FDP-Fraktion-Geschäftsführerin) will „die Entscheidung über Salz oder nicht, aber nicht dem Gutdünken der Hausbesitzer überlassen lassen“. Eine interessante Äußerung. Wie soll es praktiziert werden? Wird der Rat eine präzise Ausnahmeregelung formulieren, um dem Bürger eine Entscheidungshilfe an die Hand zu geben: *Salzeinsatz erlaubt ab 14 cm Schneehöhe und Temperaturen in der Nacht unter.....*

Oder werden wir eine schwammig formulierte Verordnung bekommen, die alles zulässt, eben nach Gutdünken? Ebenso nebulös bleibt CDU-Fraktionschef Sehr, der den „behutsamen Umgang“ mit dem Salz anmahnt.

Warum sollte es nicht möglich sein, wie es auch die meisten BürgerInnen während dieser Schneeperiode taten, den Schnee mechanisch zu entfernen, zumal er nicht permanent nachfiel?

Vielleicht fehlt den BürgerInnen aber auch nur das Vorbild durch die Stadt, vertreten durch die Firma ALBA. Deren Räumereinsatz wurde der anfallenden Schneemenge nicht gerecht. Wichtige Rad- und Fußwege, z.B. am Bienroder Weg oder die Stadtteilverbindung Ottenroder Str. zwischen Querum, Schuntersiedlung und Siegfriedviertel, blieben bis zur Tauperiode ungeräumt. Hier wurde von Seiten ALBA entschieden zu wenig Personal eingesetzt. Der *BUND* kann sich nicht des Eindrucks erwehren, dass sich nach der Privatisierung die Qualität des Räumdienstes im öffentlichen Raum entschieden verschlechtert hat. Dies mit einer neuen schwammigen Ausnahmeregelung zu kompensieren wird nicht gelingen.

Die *BUND*-Kreisgruppe Braunschweig fordert alle Ratsfraktionen auf, die Bestimmungen zum Streusalzeinsatz nicht zu ändern und gleichzeitig ALBA aufzufordern, ihren Aufgaben im öffentlichen Raum gerecht zu werden – und dabei selber auch möglichst wenig Streusalz zu verwenden.“

Mit freundlichen Grüßen  
i. A.

Gelu Ispas